

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Niema Movassat, Wolfgang Gehrcke, Heike Hänsel, Jan van Aken, Karin Binder, Christine Buchholz, Eva Bulling-Schröter, Annette Groth, Inge Höger, Andrej Hunko, Sabine Leidig, Dr. Kirsten Tackmann, Kathrin Vogler und der Fraktion DIE LINKE.

Der Beitrag der German Food Partnership und anderer Public Private Partnerships zur Hunger- und Armutsbekämpfung

Der Ansatz des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), bei der Entwicklungszusammenarbeit verstärkt auf Kooperationen mit Unternehmen zu setzen, hat in letzter Zeit einige Kritik hervorgerufen. So haben in den letzten Monaten mehr als 65 000 Menschen die Forderung von Oxfam, Inkota, Fian und anderen Organisationen unterzeichnet, „[k]eine Entwicklungshilfe für Agrarkonzerne“ zu leisten. Nach Aussagen der Kampagne dienen Public Private Partnerships (PPPs) in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit vor allem den Interessen von Unternehmen bei der Erschließung neuer Märkte, während ihr entwicklungspolitischer Nutzen fragwürdig und nicht belegt sei (www.oxfam.de/informieren/agrarkonzerne). Ungeachtet dieser Kritik setzt das BMZ die PPPs im Bereich ländliche Entwicklung fort – sei es im Rahmen der Neuen Allianz für Ernährungssicherung der G8/G7 oder bei den Grünen Innovationszentren (siehe Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage „Grüne Zentren als Strategie zur nachhaltigen Hungerbekämpfung und ländlichen Entwicklung“ auf Bundestagsdrucksache 18/2355).

Die größte öffentliche Aufmerksamkeit hat bisher ein weiteres PPP im Bereich ländliche Entwicklung erregt: die German Food Partnership (GFP) (vgl. www.dw.de/umstrittene-entwicklungszusammenarbeit-mit-privatwirtschaft/a-17542007). Zwar fließen laut Angaben der Bundesregierung nur 8,3 Mio. Euro aus dem Bundeshaushalt in die GFP (siehe Antwort der Bundesregierung auf die Schriftliche Frage 70 auf Bundestagsdrucksache 18/3258). Nichtsdestotrotz stellt sich die grundsätzliche Frage, ob diese entwicklungspolitischen Mittel sinnvoll eingesetzt sind. Zudem lässt sich die Relevanz von PPPs im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit aus mehreren Gründen nicht allein an den von der Bundesregierung eingebrachten finanziellen Mitteln ablesen.

Erstens werden die öffentlichen Beiträge zu PPPs durch private Beiträge der Konzerne vervielfacht, entfalten also eine Hebelwirkung (bei der GFP spricht das BMZ in seiner Antwort auf die Schriftliche Frage 70 auf Bundestagsdrucksache 18/3258 von einem Verhältnis von eins zu sechs zwischen öffentlicher und privater Finanzierung). Zweitens dienen PPPs für Unternehmen oft als Initialzündung, um auf neuen Märkten überhaupt erst aktiv zu werden (vgl. Subsidiaritätskriterium der GFP-Guidelines, S. 12). Drittens erhöht sich die Wirkungsmacht von PPPs in den Projektländern noch dadurch, dass diese auch öffentliche Mittel in den Projektländern binden können (siehe Antwort der Bundesregie-

rung auf die Schriftliche Frage 30 auf Bundestagsdrucksache 18/2703 zur Reality-Show „Farmers Love Safety“ im Rahmen der GFP) sowie teilweise auch gesetzliche Änderungen in diesen Ländern zugunsten der Unternehmen zur Bedingung haben (wie etwa bei den Kooperationsabkommen im Rahmen der Neuen Allianz).

Die GFP wurde im Jahr 2012 mit dem erklärten Ziel gegründet, Nahrungsmittel- und Ernährungssicherheit in den Projektländern zu erhöhen (vgl. Guide to the German Food Partnership 2014, S. 4). Gleichzeitig sollen auch die Interessen der beteiligten Unternehmen nicht zu kurz kommen: „[P]rivate companies will be able to better manage the risks associated with entering new markets in developing and emerging economies. In the long run, the food and agriculture industry will be able to direct its agricultural inputs to the growing food markets and build up long-term business relations based on trust.“ (ebenda, S. 7).

Auf ihrer Homepage listet die GFP über 30 Teilnehmer. Dabei handelt es sich – mit wenigen Ausnahmen wie der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH und der Deutschen Investitions- und Entwicklungsgesellschaft mbH (DEG) – um private Unternehmen, wie Bayer, BASF, Metro Group, Syngenta oder Amatheon Agri, einem Investor, der in Sambia gerade mehr als 30 000 Hektar Land gepachtet hat (siehe www.fian.de/fileadmin/user_upload/dokumente/shop/Land_Grabbing/13_12_FIAN_Sambia_DE.pdf) oder Organisationen (z. B. Global Alliance for Improved Nutrition GAIN). Auch wenn das BMZ davon spricht, dass Bauernorganisationen und Betroffenenengruppen explizit in die Planung und Konzeption der Vorhaben der GFP eingebunden sind (Brief vom Staatssekretär beim Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung Dr. Friedrich Kitschelt an den Abgeordneten Niema Movassat vom 21. November 2014), werden Projektvorschläge alleine von den Teilnehmern der GFP gemacht, wobei „the idea for a project may not necessarily be born in the region“ (Guide, S. 18).

Im Rahmen der GFP sollen Bäuerinnen und Bauern in mehrstufige lokale, regionale und globale Wertschöpfungsketten integriert werden. Um sie an die damit verbundenen Anforderungen (Art der Produktion, Quantität und Qualität etc.) heranzuführen, sind der Aufbau von Demonstrationsflächen und technische Trainings für Bäuerinnen und Bauern zwei zentrale Instrumente der GFP (ebenda, S. 16 f). Dabei dürfen Unternehmen auch eigene Produkte (wie Saatgut oder Düngemittel) vorstellen, gleichzeitig schreibt der Guide der GFP vor, dass eine Wahlfreiheit der Bauern bezüglich Anbaumethoden und eingesetzter Betriebsmittel gesichert sein muss (ebenda, S. 11). Allerdings gibt es Hinweise, dass der Spagat zwischen Unternehmensinteressen an dem Verkauf eigener Produkte und objektiver Informationsvermittlung in der Praxis nicht immer funktioniert (siehe Oxfam-Bericht „Gefährliche Partnerschaften“, S. 14).

Die Informationen, die die GFP über ihre Projekte veröffentlicht, sind spärlich und teilweise auch widersprüchlich. Laut Homepage realisiert die GFP zurzeit zwei Projekte (www.germanfoodpartnership.de/was-wir-machen/projekte/): die Better Rice Initiative Asia (BRIA) auf den Philippinen, in Thailand und Indonesien (wo BASF auch ein Projekt zur Nahrungsmittelanreicherung bei Reis und Speiseöl im Rahmen von BRIA durchführt) sowie die Competitive African Rice Initiative (CARI) in Nigeria, Ghana, Burkina Faso und Tansania. Allerdings wurden für CARI laut Auskunft des BMZ keine Kooperationsverträge abgeschlossen, sondern lediglich Absichtserklärungen von drei Unternehmen (Bayer CropScience, AGCO und der Syngenta Foundation) abgegeben (siehe Antwort der Bundesregierung auf die Schriftliche Frage 70 auf Bundestagsdrucksache 18/3258). Auch gehen die Informationen über CARI auf der Homepage der GFP über allgemeine Beschreibungen nicht hinaus, wiewohl auf der Homepage der GIZ von einem „breit aufgestellten Konsortium aus dem öffentlichen und priva-

ten Sektor“ die Rede ist, die die Initiative trägt und zu dem unter anderem die Bill & Melinda Gates Stiftung zählt (www.giz.de/de/weltweit/26298.html).

Dafür findet sich auf der GFP-Homepage ein Infosheet zur Potato Initiative Africa (PIA), die nach Auskunft der Homepage aber noch gar nicht gestartet ist (www.germanfoodpartnership.de/was-wir-machen/projekte/), für die aber bereits Kooperationsverträge mit fünf Unternehmen (Europlant, Solana, Bayer CropScience, K+S Kali, Syngenta) geschlossen wurden, zusätzlich liegen Absichtserklärungen von Grimme und Lemken vor (siehe Antwort der Bundesregierung auf die Schriftliche Frage 70 auf Bundestagsdrucksache 18/3258). Weitere geplante Projekte sind die Oilseeds Initiative Africa (OIA) sowie „Forecast Africa“, eine umfangreiche Studie zur Marktentwicklung und Marktchancen im Lebensmittelbereich.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Welche PPPs wurden seit dem Jahr 2013 im Bereich ländliche Entwicklung und Ernährungssicherung vereinbart (bitte nach Unternehmen, Land, Volumen, Anteil der einzelnen Projektträger an der Gesamtfinanzierung und Zielstellung auflisten sowie eine kurze Beschreibung der Projekte)?
2. Welche wissenschaftlichen Belege hat das BMZ für den entwicklungspolitischen Nutzen von PPPs allgemein und den Nutzen der Projekte der GFP im Besonderen?
3. Inwiefern besitzt das BMZ wissenschaftliche Erkenntnisse dazu, dass von den Vorhaben besonders marginalisierte Bevölkerungsgruppen wie Kleinbauern und Kleinbäuerinnen, indigene Gemeinschaften und Pastoralisten profitieren?
4. Ist eine Evaluierung des entwicklungspolitischen Nutzens der GFP insbesondere in Hinblick auf das Ziel Kleinbäuerinnen und Kleinbauern zu fördern, geplant, und wie kann eine solche Evaluierung aussehen (Evaluierungskriterien, evaluierende Institution, Zeitrahmen)?
5. Fand eine grundlegende menschenrechtliche Analyse der PPP-Projekte im Landwirtschafts- und Ernährungsbereich und insbesondere der GFP-Projekte statt, und wurde hierbei das Menschenrechtskonzept des BMZ angewendet?
Wenn nein, warum nicht?
Wenn ja, warum sind die Ergebnisse nicht öffentlich zugänglich?
6. Gab es nach dem Regierungswechsel im Dezember des Jahres 2013 innerhalb der Regierung oder des BMZ Diskussionen zum entwicklungspolitischen Beitrag der GFP, bzw. warum wurde beschlossen, die GFP auch unter der neuen Führung des BMZ fortzuführen?
7. Wie groß ist das Finanzvolumen der einzelnen GFP Projekte, und wie schlüsseln sich die Finanzbeiträge der einzelnen Projektpartner – bzw. wenn dies rechtlich nicht möglich ist, dann der einzelnen beteiligten Gruppen (öffentliche Hand, Unternehmen, Stiftungen) – jeweils auf?
8. Welcher Anteil der von den Projektpartnern eingebrachten Beiträge erfolgt als rein finanzieller Beitrag und welcher in Sachmitteln?
9. Welche Sachmittel bringen die jeweiligen Projektpartner in den einzelnen GFP-Projekten konkret ein?
10. Wann beabsichtigt die Bundesregierung, die Verträge mit allen Projektpartnern der GFP zu veröffentlichen?

11. Welche Rolle kommt Teilnehmern der GFP zu, die bisher noch in keinem Projekt der GFP als Projektpartner gelistet sind (wie beispielsweise die Metro Group), bzw. an welchen Projekten wollen sich diese Teilnehmer zukünftig beteiligen?
12. Gibt es Teilnehmer und Projektpartner der GFP, die seit dem Start der Initiative aus der GFP oder einzelnen GFP-Projekten wieder ausgeschieden sind (bitte um Auflistung der ausgeschiedenen Teilnehmer und Projektpartner und Begründung)?
13. Wurden im Rahmen der GFP Risikoanalysen zu folgenden Fragen durchgeführt, und wenn ja, was sind die Ergebnisse der Analysen?
 - a) Auswirkungen der Projekte auf Bauern, die nicht zur Zielgruppe gehören bzw. an den Projekten nicht beteiligt werden?
 - b) Folgen für Klima und Umwelt?
14. Warum ist die Firma Amatheon Agri an der GFP beteiligt, und welche Aktivitäten führt sie im Rahmen der GFP durch?
15. Welche Bedarfsstudien liegen der im Rahmen von PIA geförderten Verarbeitung von Kartoffeln zugrunde, bzw. wo sieht das BMZ die Hauptabnehmer für diese verarbeiteten Kartoffeln?
16. Warum findet sich auf der Homepage der GFP kein Infosheet zu CARI, wie dies bei BRIA und PIA der Fall ist?
17. Warum berichtet die Bundesregierung in ihrem Antwortschreiben auf die Schriftliche Frage 70 auf Bundestagsdrucksache 18/3258 nicht, welche Verträge mit welchen Unternehmen für CARI geschlossen wurden, obwohl das Projekt auf der Homepage der GFP auftaucht (www.germanfoodpartnership.de/was-wir-machen/projekte/reis-fuer-afrika/) und bereits seit dem Jahr 2013 in Gange ist?
18. Welche Unternehmen und sonstige Organisationen beteiligen sich an CARI, und welche Aufgaben übernehmen sie dabei (bitte ähnlich der Infosheets zu PIA und BRIA auf der GFP-Homepage aufschlüsseln)?
19. Wann soll die Oilseeds Initiative Africa (OIA) beginnen, und was für Aktivitäten mit welchen Projektpartnern sind dazu geplant?
20. Welche konzeptionellen Überlegungen gibt es für den „Forecast Africa“, bzw. wie weit ist die Planung dafür schon fortgeschritten?
21. Was sind die Lehrinhalte sämtlicher Schulungen, die im Rahmen der GFP bisher durchgeführt wurden (bitte alle geplanten Schulungen, inklusive der Liste der Teilnehmerinnen und Teilnehmer und Dozentinnen und Dozenten sowie insbesondere der verwendeten Schulungsmaterialien aufführen)?
22. Inwieweit ist eine produktneutrale Schulung durch die beteiligten Unternehmen garantiert, wenn diese zumindest im Fall der Potato Initiative Africa (PIA) sowohl Schulungen durchführen als auch Betriebsmittel zur Verfügung stellen (vgl. www.germanfoodpartnership.de/wp-content/uploads/2014/11/GFP-PIA-Infosheet-DE-7.11.2014.pdf)?
23. Welche Betriebsmittel welcher Unternehmen kommen bei den einzelnen Projekten der Better Rice Initiative Asia – konkret bei den Trainings der „Lead Farmers“ in den einzelnen Ländern sowie bei der Reality-Show „Farmers Love Safety“ – zur Anwendung,?
24. Kam in der Reality-Show „Farmers Love Safety“ auch Schutzbekleidung zum Einsatz, die nicht von der Firma „3M“ stammt?
25. Wie bewertet die Bundesregierung das Product-Placement von „3M“ im Rahmen der Reality-Show, und hält sie es für förderungswürdig?

26. Wie wird der „freedom of choice“-Ansatz auf den Vorzeigefarmen und bei den Trainings der GFP-Projekte praktisch umgesetzt?
27. Welche Alternativen zum Einsatz von chemischen Inputs und dem Kauf kommerziellen Saatguts werden bei den Trainings aufgezeigt?
28. In welcher Form sind Bauernorganisationen und Betroffenenengruppen in die Planung und Konzeption der Vorhaben der GFP eingebunden worden (bitte insbesondere um Informationen dazu, wer genau eingebunden wurde, zu welchem Zeitpunkt der Planung bzw. Konzeption, und inwiefern die Vorschläge der betroffenen Gruppen in den Projekten aufgegriffen wurden)?
29. Inwiefern ist zukünftig geplant, Bauernorganisationen und Betroffenenengruppen in die Planung und Konzeption der GFP-Vorhaben einzubinden und nach welchen Kriterien werden die Bauernorganisationen und Betroffenenengruppen ausgesucht?
30. Welche Funktion kommt der Deutschen Investitions- und Entwicklungsgesellschaft mbH (DEG) bei der GFP zu?
31. Welche Verträge mit welchen Projektpartnern hat die DEG bisher im Rahmen der GFP abgeschlossen?
32. Von wem kam der Vorschlag, im Rahmen von BRIA Indonesien Schulungen zur Anreicherung von Speiseöl und Reis durchzuführen?
33. Woher stammen die Vitamine, Mineralstoffe und Mikronährstoffe, die bei der Anreicherung von Speiseöl und Reis im Rahmen von BRIA Indonesien verwendet werden (bitte mit Informationen zur regionalen Herkunft sowie dazu, von welchen Unternehmen diese produziert werden)?
34. Wer sind die lokalen Partner der Anreicherungsinitiative?
35. Wie soll in weiterer Folge der langfristige Zugang von armen Bevölkerungsgruppen zu den angereicherten Nahrungsmitteln gesichert werden?
36. Welche Informationen besitzt die Bundesregierung über die Preise, zu denen die angereicherten Nahrungsmittel auf den lokalen Märkten langfristig verkauft werden sollen?
37. Unterstützt das BMZ Projekte gegen Mangelernährung in Indonesien, die auf anderen Maßnahmen als der Nährstoffanreicherung basieren (bitte um Nennung solcher Projekte)?
38. Welchen Beitrag – abgesehen von dem Projekt zur Nahrungsanreicherung – leistet die GFP im Kampf gegen die Mangelernährung?
39. Welche „innovativ gesicherte[n] Forschungsergebnisse“ (Teilnahmebedingungen GFP, S. 2) liegen den geplanten Erweiterungsprojekten im Rahmen der GFP zugrunde?
40. Welche Aktivitäten werden innerhalb der GFP-Vorhaben durchgeführt, um rechtliche Rahmenbedingungen in den Projektländern zu ändern, wie dies in den Teilnahmebedingungen der GFP unter dem Punkt „Bemühungen zur Umsetzung grundlegender Rechtsrahmen in Zusammenarbeit mit der Politik und der Verwaltung vor Ort“ angeführt wird, auf welche politischen Veränderungen zielen diese Aktivitäten jeweils konkret ab, und welche Aktivitäten sind hierfür zukünftig geplant (bitte jeweils auch mit Informationen zu den Projektpartnern, die diese Aktivitäten durchführen oder durchführen sollen)?
41. Welche Aktivitäten gab es bisher zu dem in den Teilnahmebedingungen der GFP angeführten Punkt „Unterstützung des lokalen politischen Dialogs für einen fairen und transparenten Wettbewerb zwischen lokalen und internationalen Unternehmen“ bzw. welche Aktivitäten sind hierfür geplant?

42. Für welchen Zeitraum sind die einzelnen Initiativen der German Food Partnership projektiert, und wie soll die Langfristigkeit der positiven Effekte und Geschäftsbeziehungen über die Projektphase hinaus garantiert werden?
43. Sind dem BMZ Fälle bekannt, in denen Unternehmen, die Betriebsmittel wie Dünger, Saatgut oder Maschinen produzieren, staatliche oder staatlich geförderte Ausbildungskurse für Bäuerinnen und Bauern in Deutschland leiten bzw. abhalten (wenn ja, bitte um Angabe der bekannten Kurse)?
44. Mit welchen Nichtregierungsorganisationen wurde vereinbart, das Projekt der German Food Partnership auf den Philippinen zu besuchen, wie im Brief des BMZ an den Abgeordneten Niema Movassat vom 21. November 2014 angekündigt, und wann soll die geplante Reise stattfinden?

Berlin, den 7. Januar 2015

Dr. Gregor Gysi und Fraktion

